

Medienmitteilung vom 16. November 2022

VSS verurteilt brutale Vorkommnisse im Iran

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS-UNES-USU verfolgt die Ereignisse, die sich in den letzten Wochen im Iran zugetragen haben mit grosser Aufmerksamkeit und Sorge. verfolgt. Es braucht eine starke Reaktion auf diese Ereignisse.

Seit dem Regimewechsel im Jahr 1979, als das säkulare politische System durch ein theokratisches ersetzt wurde, werden die Grundfreiheiten der iranischen Hochschulen und Studierenden kontrolliert und eingeschränkt. Auch wenn das politische Bündnis des Präsidenten (Revisionisten oder Hardliner) regelmässig wechselt, geniessen die iranischen Studierenden weder Meinungsfreiheit noch politische Freiheit. Dieser schwerwiegende Verstoß gegen die Grundrechte ist ein echter Schlag gegen das unveräusserliche Recht auf freie und unabhängige Bildung.

Seit einem Monat unterdrückt die Islamische Republik Demonstrationen gewaltsam mit Waffen und extremer Gewalt. Diese Demonstrationen zielen nicht nur auf die Durchsetzung bestimmter Rechte der Bürger*innen ab, sondern fordern auch die Wiederherstellung ihres früheren verfassungsmässigen politischen Systems. Ein grundsätzlich demokratischer Staat ist eine wesentliche und notwendige Voraussetzung für ein Studium oder die Fortsetzung des Studiums unter angemessenen Bedingungen ist.

Die Universitäts- und studentische Gemeinschaft ist in ihren Grundfesten erschüttert. Hunderte von Studierenden wurden in den letzten Wochen verhaftet. Des Weiteren werden alle Hochschulgelände von infiltrierten Sicherheitsdiensten und Milizen des Regimes kontrolliert. Der Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS unterstützt nachdrücklich all jene, die sich für die Freiheit der Bildung einsetzen und die ein Hauptziel des Regimes sind.

Da politische Straftaten im Rechtssystem der Islamischen Republik nicht klar definiert sind und die Justiz nicht unabhängig ist, läuft jeder verhaftete Student und jede verhaftete Studentin Gefahr, zum Tode verurteilt zu werden. Der VSS fordert die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, Druck auf die iranische Regierung auszuüben, damit diese die Rechte der Studenten respektiert und den Missbräuchen ein Ende setzt. Darüber hinaus fordert der VSS eine erleichterte Aufnahme für Studierende, die den Iran zu ihrer eigenen Sicherheit verlassen müssen. Die internationalen Solidaritätsmechanismen zur Unterstützung derjenigen, die sich in Lebensgefahr befinden, müssen so schnell wie möglich aktiviert werden.

Die institutionellen Akteure müssen sich solidarisch bei der Bewältigung dieser schwere Krise beteiligen und alle geeigneten Mittel einsetzen, um die Student*innen im Iran zu unterstützen, die für ihre Grundrechte kämpfen. Darüber hinaus muss der Bund unverzüglich ein Aufnahmesystem für Studierende einrichten, die wegen der Gefahr eines Attentats fliehen müssen.

Kontakt:

- Maxime Barthassat, Co-Präsident, maxime.barthassat@vss-unes.ch, 078 722 73 64
- Nadège Widmer, Vorstandsmitglied, Ressort Internationales, nadege.widmer@vss-unes.ch, 079 290 68 51
- Luzian Franzini, Co-Generalsekretär, sg-gs@vss-unes.ch, 079 781 77 36